

SPIEGEL-GESPRÄCH

„Heilsamer Schock“

Außenminister Joschka Fischer über den gescheiterten europäischen Verfassungsgipfel, die Wiederaufbau-Pläne im Irak und den schwierigen Umgang mit den Menschenrechten

SPIEGEL: Herr Außenminister, wir erleben derzeit die Polen als eine erstaunlich selbstbewusste und eigenwillige Nation, die in der Frage des Irak-Krieges mit US-Präsident George W. Bush marschierte und nun den Verfassungsprozess der Europäischen Union zum Stoppen brachte. Sind unsere Nachbarn undankbar?

Fischer: Es geht hier nicht um Dankbarkeit und auch nicht darum, auf jemanden mit Arroganz zu blicken. Ministerpräsident

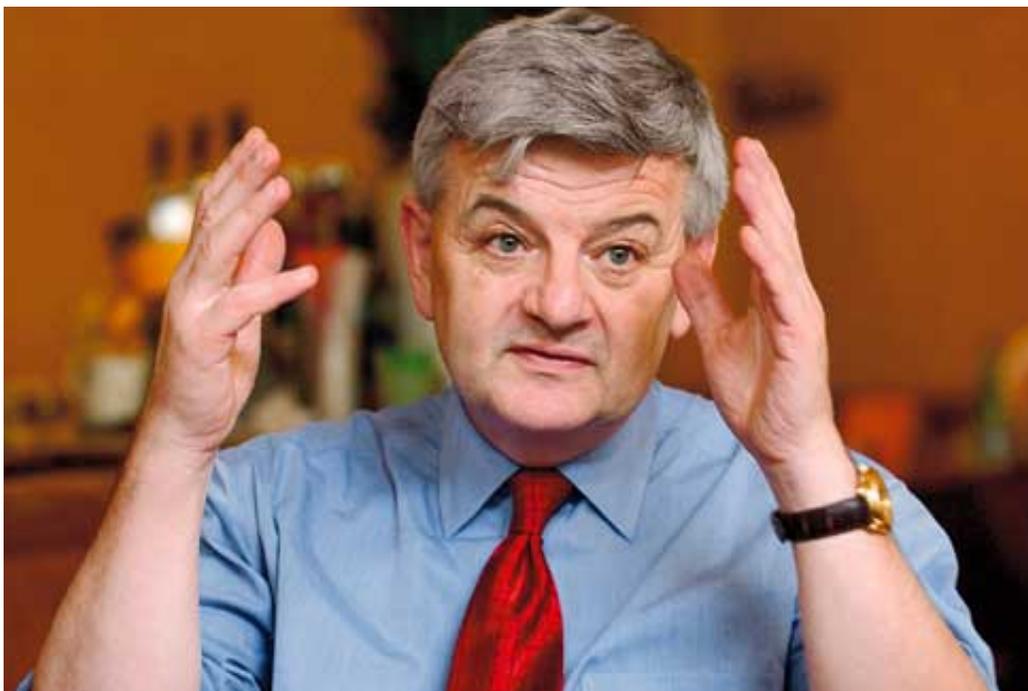
Mauer und Stacheldraht geleistet und das sowjetische Imperium zum Einsturz gebracht. Polen ist eine Nation mit einem guten Gedächtnis.

SPIEGEL: Bei allem vordergründigen Geschacher um Stimmrechte und EU-Milliarden: Welche Rolle spielt die Zeit zwischen 1933 und 1945 in den deutsch-polnischen Beziehungen?

Fischer: Wir dürfen niemals vergessen, welche furchtbaren Verbrechen Deutsch-

SPIEGEL: Die Vertriebenen-Funktionärin Erika Steinbach und ihre Initiative für ein „Zentrum gegen Vertreibungen“ ...

Fischer: ... haben einen verheerenden Flurschaden in den deutsch-polnischen Beziehungen angerichtet. Und zwar nicht bei extrem nationalistischen Kräften, die es auch in Polen gibt, sondern bei alten Freunden und wichtigen Akteuren der Aussöhnung zwischen beiden Ländern.



Grünen-Politiker Fischer: „Das Wünschbare und das Machbare unterscheiden“

Leszek Miller sagt: Polen ist ein stolzes und großes Land. Die entscheidende Frage ist jetzt, welche Sicht dieses stolze und große Land auf Europa hat. Welchen Beitrag im europäischen Einigungsprozess wollen die Polen künftig leisten? Das muss die polnische Nation schon selbst beantworten. Wenn sie dafür Zeit braucht, dann muss man ihr die geben.

SPIEGEL: Das klingt, als sei der deutsche Außenminister ziemlich verschupft über die polnischen Freunde.

Fischer: Keine Spur. Ich habe nie die Erwartung einer besonderen Dankbarkeit gehabt und wusste immer, dass Polen eine selbstbewusste Nation ist. Wir dürfen nicht vergessen: Polens Solidarność hat den entscheidenden Beitrag zur Überwindung von

land in Polen, an der jüdisch-polnischen Bevölkerung begangen hat. Das mörderische Programm der Nationalsozialisten war es auch, das polnische Volk zu versklaven, ihm seine Intelligenz und seine Kultur zu rauben – ein ungeheures Verbrechen. Ich kann diese Erinnerung nicht ausblenden.

SPIEGEL: Geht es dabei um echtes Erinnern, oder ist die Vergangenheit mittlerweile Teil eines professionellen Polit-Pokers?

Fischer: Das geht deutlich tiefer, als viele bei uns glauben. Wir müssen wissen, dass der Hitler-Stalin-Pakt eine weitere Teilung Polens nach sich zog. Das hat sich tief eingegraben in das kollektive Gedächtnis des betroffenen Volkes.

SPIEGEL: Überall in Europa wirken plötzlich Fliehkräfte. Der alte Kontinent strebt erkennbar auseinander: erst der Irak-Konflikt, gefolgt vom Streit um das Außerkraftsetzen des Maastricht-Vertrags, nun die Verfassung, die auf St. Nimmerlein vertagt wurde. Der ehemalige EU-Parlamentspräsident Klaus Hänsch spricht von einer „Katastrophe“.

Fischer: Katastrophen sehen anders aus.

SPIEGEL: Aber eine Krise haben wir doch wohl?

Fischer: Ich rede das Geschehene nicht schön. Nur, so düster – Katastrophe, Krise! – sehe ich das alles nicht. Eine Regierungskonferenz ist gescheitert. Ob sich dies zu einer Krise auswächst, ist noch nicht entschieden. Erst einmal sehe ich eine Phase des heilsamen Schocks. Und der Streit in der Frage des Irak-Krieges war nach meinem Eindruck nicht das Entscheidende. Der Widerspruch zwischen Deutschland und Groß-

britannien oder Italien in der Irak-Frage war unbestritten sehr groß; dennoch ist die Zusammenarbeit gerade mit diesen Ländern sehr gut.

SPIEGEL: Hätte man auf dem Brüsseler EU-Gipfel besser moderieren müssen, als Silvio Berlusconi es tat, um die Widerstände zu besänftigen?

Fischer: Diese Widerstände sind schwer zu besänftigen. Jede Nation bestimmt ihr nationales Interesse selbst. Die Union beruht auf souveränen Mitgliedstaaten, von denen jeder seine eigenen Maßstäbe setzt.

SPIEGEL: Für einen Rückschritt oder auch nur einen Stillstand, so haben Sie kürzlich selber formuliert, würde Europa einen hohen Preis zu entrichten haben.

Fischer: Wir müssen auf dem Weg der Erweiterung vorankommen. Das setzt aber voraus, dass wir eine Verfassung haben. Der Kern jeder Verfassung ist das Entscheidungsverfahren: Nach welcher Regel wird entschieden? Wir dürfen uns nicht auf Blockade-Minderheiten gründen, sondern müssen Gestaltungsmehrheiten finden. Unsere Position wird immer so dargestellt, dass es uns darum ginge, mehr für Deutschland zu erreichen. Das ist völlig daneben. Das hat Deutschland nicht nötig.

SPIEGEL: Das wäre ja nichts Unanständiges.

Fischer: Aber es wäre allein falsche Symbolik, und davon halten der Bundeskanzler und ich nicht viel. Es geht uns um eine spürbare Deblokierung der Entscheidungsmechanismen. Für eine positive Entscheidung brauchen Sie derzeit von 321 Stimmen 232 im EU-Rat, dem höchsten Gremium der Union, also 72,3 Prozent der Stimmen plus 13 der 25 Mitgliedstaaten plus – auf Antrag – 62 Prozent der repräsentierten Bevölkerung. Sie müssen also drei Hürden übersteigen, um etwas zu verändern. Das Verrückte: Um ein Nein auszusprechen, brauchen Sie nur 90 Stimmen im

auch wir sagen doch klar und deutlich: Es ist besser, die ersten Autobahnkilometer, die ersten Eisenbahnkilometer in Polen und in anderen Beitrittsländern zu finanzieren als die letzten Kilometer im europäischen Süden. Insofern muss hier eine Umverteilung zu Gunsten der Neuen stattfinden. Eine Gestaltungsmehrheit im EU-Rat würde dieses Umsteuern ermöglichen.

SPIEGEL: Deshalb die Vertagung?

Fischer: Die Vertagung war die bessere Variante. Je öfter ich mit der Verfassung zu tun habe und die real existierende Union erlebe, desto überzeugter sage ich: Leute, lasst uns diesen Verfassungsentwurf bewahren.

SPIEGEL: Ihn auch durchzusetzen kann aber lange dauern.

Fischer: Es wird länger dauern, als heute viele hoffen, aber andererseits nicht so lange, wie viele befürchten.

SPIEGEL: In Berlin und Paris ist neuerdings wieder von einem Europa der zwei Geschwindigkeiten die Rede. Was genau hat man darunter zu verstehen?

Fischer: Diejenigen, die weitergehen wollen – in der Sicherheits- und Verteidigungspolitik, in der Zusammenarbeit bei der

Fischer: Es wird meiner Ansicht nach nicht „das“ Kerneuropa geben. Vielmehr würde es unterschiedliche Kerne, unterschiedliche Geschwindigkeiten geben. Aber es wird eine Gruppe von Ländern geben, die überall dabei sind – sozusagen der Kern des Kerns. Es würde unterschiedliche Teilmengen geben, aber es wird eine Menge geben, die bei allen beteiligt ist.

SPIEGEL: Sind die Deutschen – angesichts einer durch sie selbst beschädigten Nation – die besten Europäer, die überzeugtesten? Oder darf man das nicht sagen?

Fischer: Weder – noch: Sie dürfen es sagen; es wäre nur nicht richtig.

SPIEGEL: Sondern?

Fischer: Ich nehme an, da müssten Sie sich eher an die Luxemburger halten. Denn die haben die ganze Tragödie der Geschichte, das Eingeklemmtsein und das Überrolltwerden von den Großen, in deutlicher Erinnerung.

SPIEGEL: Zum Irak-Konflikt: Dort stellen sich ähnliche Fragen wie im Deutschland des Jahres 1945. Wiederaufbau – aber wer zahlt? Aufarbeitung der Gräueltaten des Diktators – aber durch wen? Die dortigen



Polnischer Ministerpräsident Miller, Deutschland-Kritik in der polnischen Presse*: „Nation mit gutem Gedächtnis“

EU-Rat. Also eine ganz niedrige Hürde für Blockaden. Das wollen wir ändern.

SPIEGEL: Derzeit blockieren vor allem Spanien und Polen – und das trotz unterschiedlicher Interessen.

Fischer: Angesichts der knappen Ressourcen in der Europäischen Union ist ein neuer Kampf um die Finanzen entbrannt. Zehn Neue sitzen mit am Tisch, Spanien will verständlicherweise seinen Anteil retten.

SPIEGEL: Und Polen müsste ein Interesse an mehr Geld, also an der von Deutschen und Franzosen geforderten Gestaltungsmehrheit haben?

Fischer: Wenn die Polen ihre Interessenlage überdenken, müssten sie zu diesem Schluss kommen. Viele Nettozahler und

Innenpolitik, bei Justiz und Recht –, werden weitergehen, wenn die Verfassung scheitert. Sie werden es umso entschiedener tun, je weniger sie daran glauben, dass dieses Europa als Ganzes handlungsfähige Strukturen bekommt.

SPIEGEL: Klingt wie eine Drohung.

Fischer: Irrtum. Das Kerneuropa, von dem ich rede, ist kein Ziel, nur faktische Konsequenz dessen, was wir zurzeit erleben.

SPIEGEL: Ist ein Kerneuropa ohne Großbritannien, das schon mit dem jetzigen Integrationsstempo spürbar Schwierigkeiten hat, denkbar?

* Vertriebenen-Funktionärin Erika Steinbach in Nazi-Uniform auf dem Rücken Gerhard Schröders.



Politiker fordern, dass Saddam Hussein vor ein irakisches Gericht gestellt wird.

Fischer: Saddam Hussein befindet sich in den Händen der Koalition, die gegen ihn Krieg geführt hat. Dort werden auch die Entscheidungen getroffen. Ich habe hier keinen Rat zu geben. Wichtig ist, dass Saddam einer gerechten Strafe zugeführt wird und es zu einem fairen Prozess kommt.

SPIEGEL: Welche Auswirkung hat der gefangene Diktator auf das Geschehen im Irak? Sollten die USA nun zügig die Konsequenz ziehen und von dort abrücken?

Fischer: Eine solche Forderung hielte ich nicht nur für naiv, sondern für gefährlich. Das würde innerhalb von Augenblicken eine Stichflamme in Richtung Bürgerkrieg



Bombenanschlag auf das britische Generalkonsulat in Istanbul (im November): „Brutale, menschenverachtende Konsequenzen“

auslösen. Die USA haben mit dem Moment, in dem sie den Krieg gegen Saddam Hussein begannen, die Verantwortung für die territoriale Integrität und die Stabilität des Landes – und darüber hinaus für die gesamte Region, das Zentrum des Nahen Ostens – übernommen. Der Abzug jetzt hinterließ ein Vakuum, das sofort zu einer Implosion führen würde.

SPIEGEL: Was also muss das Ziel sein?

Fischer: Wir müssen einen Nahen und Mittleren Osten bekommen – das wird Jahrzehnte der Anstrengung bedürfen, nicht Monate oder Jahre –, in dem der Irak stabilisiert wird, in dem Afghanistan stabilisiert wird, in dem die Staatengemeinschaft möglichst gemeinsam vorgeht. Das psychologische Fenster, das die Festnahme Saddams geöffnet hat, sollte man nutzen.

SPIEGEL: Sie sprechen von der Stabilisierung der Region. Handelt es sich nicht bestenfalls um einen Waffenstillstand in einer Auseinandersetzung, in der sich Staaten und terroristische Gruppen, Armeen und fanatische Einzeltäter gegenüberstehen?

Fischer: Sicher, die Auseinandersetzung ist asymmetrisch und wird es bleiben. Es ist keine kurzfristige Auseinandersetzung.

SPIEGEL: Ist es gerechtfertigt, von einer Art Drittem Weltkrieg zu reden?

Fischer: Es handelt sich um eine asymmetrische, terroristische Bedrohung globaler Natur mit starkem regionalem Bezug im Nahen und Mittleren Osten. Ohne jeden Zweifel geht es dabei auch um einen neuen Totalitarismus. Der Dschihad-Terror hat eine totalitaristische Idee zur Grundlage. In Afghanistan hat Osama Bin Laden das mit der Herrschaft der Taliban gezeigt, mit al-

len brutalen, menschenverachtenden Konsequenzen. Aber der Begriff des Weltkrieges ist angesichts der Potenziale – Gott sei Dank sind diese Potenziale nicht vorhanden – nicht gerechtfertigt. Ich denke, man wird gut beraten sein, auf die Ereignisse mit der notwendigen Gelassenheit, allerdings auch mit der notwendigen Härte zu reagieren.

SPIEGEL: Eine Verhandlungsdiplomatie ist ausgeschlossen?

Fischer: Man muss dem Terrorismus mit Härte entgegentreten, weil ich nicht sehe, dass es irgendeine Verhandlungsperspektive gibt. Man wird seine Netzwerke zerstören und seine Wurzeln austrocknen müssen. Das setzt allerdings eine differenzierte Vorgehensweise voraus: Stabilisierung

einer „internationalen Gefahr für Frieden und Stabilität“, wie es in den einschlägigen Sicherheitsrats-Resolutionen heißt, geworden sind. Das kann morgen oder übermorgen für einen ganzen Kontinent gelten, das kann für den Krisengürtel zwischen Marokko und Indonesien gelten.

SPIEGEL: Klingt eher nach „negativer Globalisierung“.

Fischer: Angesichts dieser Zusammenballung von Risiken und Bedrohungen stellt sich die Frage der Teilhabe an der Globalisierung. Es sind überwiegend junge Gesellschaften, die in Armut leben, die – wenn überhaupt – nur die Schattenseiten der Globalisierung kennen. Die Hälfte der Bevölkerung der arabischen Welt ist jünger

„Man wird die Netzwerke des Terrorismus zerstören und seine Wurzeln austrocknen müssen.“

des Irak, Stabilisierung von Afghanistan, ein Vorbringen der demokratischen Reformen in Iran, Lösung des israelisch-palästinensischen Konflikts, Europäisierung der Türkei. Das ist die Aufgabe der Politik.

SPIEGEL: Sie haben kürzlich gesagt, dass die strategische Antwort auf die Bedrohung durch den Totalitarismus eine „positive Globalisierung“ sei. Was soll das sein?

Fischer: Bei Goethe hieß es noch: „Wenn hinten, weit, in der Türkei, die Völker auf einander schlagen“. Heute würde der große Dichter anders schreiben: Ein zusammenbrechender Staat in Afrika geht nicht mehr nur Afrika an. Wir haben erlebt, dass vergessene Konflikte wie der in Afghanistan letztendlich zur Brutstätte

als 18 Jahre. Teilhabe heißt für diese Menschen nicht nur, daran zu partizipieren, sondern auch, dazu beizutragen. Daraus folgt, dass man Globalisierung nicht als von außen auferlegtes Schicksal begreifen darf. Insofern meine ich, dass „positive Globalisierung“ eine ökonomische und eine soziale, eine kulturelle und eine politische Dimension hat.

SPIEGEL: Welche Rolle spielen in diesem Konzept noch die Menschenrechte?

Fischer: Sie können sich die Welt schön wünschen, aber Sie können sie nicht schön machen. Das Wünschbare und das Machbare sind hier zu unterscheiden.

SPIEGEL: Das heißt im Klartext: Eine Macht – wie Russland zum Beispiel – muss nur



YURI KOCHETKOV / DPA

Russische Soldaten in Tschetschenien: „Wir versuchen, auf eine politische Lösung hinzuwirken“

groß genug sein, um in ihrem Herrschaftsbereich alles Mögliche anstellen zu dürfen, und der Rest der Welt verstummt?

Fischer: Es schweigt doch niemand. Jedes Mal, wenn ich meinen Außenminister-Kollegen Igor Iwanow treffe, diskutieren wir diese Fragen. In der Politik gibt es einen starken gesinnungsethischen Teil, aber einen noch stärkeren verantwortungsethischen. Ich halte nichts davon, daraus einen Gegensatz zu konstruieren. Der entsteht nur, wenn das eine oder das andere verabsolutiert wird. Eine Antwort in Tschetschenien zu finden ist extrem schwierig. Wir versuchen immer wieder, auf eine politische Lösung hinzuwirken.

SPIEGEL: Sind Regierungen wie die in Moskau für Gespräche überhaupt erreichbar?

Fischer: Es gab Zeiten, in denen die Regierung des Boris Jelzin auf internationalen Druck in Tschetschenien reagiert hat.

SPIEGEL: Druck ist etwas anderes als Gespräche.

Fischer: Damals gab es Gespräche, und mit denen wurde etliches erreicht: Man ist seinerzeit den Weg gegangen, die Russische Föderation aus Tschetschenien abzuziehen. Man kann allerdings nicht sagen, dass das eine glücklichere Zeit für die Menschenrechte in der betroffenen Region war. Im Gegenteil, dort

sind furchtbare Dinge passiert. Sie sind also oft in einer Situation, die sich nicht einfach auflösen lässt. Die Beachtung der Menschenrechte der tschetschenischen Bürgerinnen und Bürger, die auch russische Bürger sind, ist dabei von entscheidender Bedeutung. Andererseits müsste man genauso überzeugt feststellen: Radi-

aller Leidenschaft deutscher Außenminister. Haben Sie schon im Sommer geahnt, dass Ihre Stellenbeschreibung als europäischer Außenminister im Winter ad acta gelegt würde und es deshalb schlauer ist, gleich den Verzicht zu erklären?

Fischer: Dass ich nach Brüssel entschweben würde, war ja immer eine SPIEGEL-Ente.

„Schwere Verstöße gegen Menschenrechte müssen den Gesetzen entsprechend verfolgt werden.“

kaler Islamismus, der sich terroristischer Mittel bedient, ist inakzeptabel.

SPIEGEL: Derzeit hat man das Gefühl, dass Moskau unter dem Deckmantel der Terrorismusbekämpfung vor allem das eigene Volk bekämpft.

Fischer: Es gibt die Schutzpflicht des russischen Staates gegenüber seinen Bürgern. Schwere Verstöße gegen Menschenrechte, die dort immer wieder zu beklagen sind,

Ich habe Ihnen stets gesagt: Ich bin sehr gern deutscher Außenminister und bleibe das auch. Insofern hatte ich im Sommer keine andere Ahnung als im Frühjahr und auch sonst.

SPIEGEL: Einer Ihrer engsten Weggefährten, Daniel Cohn-Bendit, glaubt Ihnen das bis heute nicht.

Fischer: Dany ist einer meiner engsten Weggefährten gewesen und auch heute noch ein sehr guter Freund, aber mit einem sehr eigenen Kopf. Wenn ihm etwas an mir nicht passt, dann bekomme ich öffentlich von ihm eine Abreibung verpasst. Dany ist ein Unikat – und wenn er der Meinung ist, der Fischer habe einen bestimmten Weg zu gehen, wird er das vor allen Kameras ständig wiederholen. So ist er, und so mag ich ihn. Aber das hat nichts damit zu tun, was in meinem Kopf abläuft.

SPIEGEL: Herr Fischer, wir danken Ihnen für dieses Gespräch.



DURICH WIENKE / BUNDESBILDSTELLE

Fischer (r.) beim SPIEGEL-Gespräch*
„Ich bin gern deutscher Außenminister“

* Mit den Redakteuren Gabor Steingart und Ralf Beste am vergangenen Montag auf dem Flug nach Kairo.